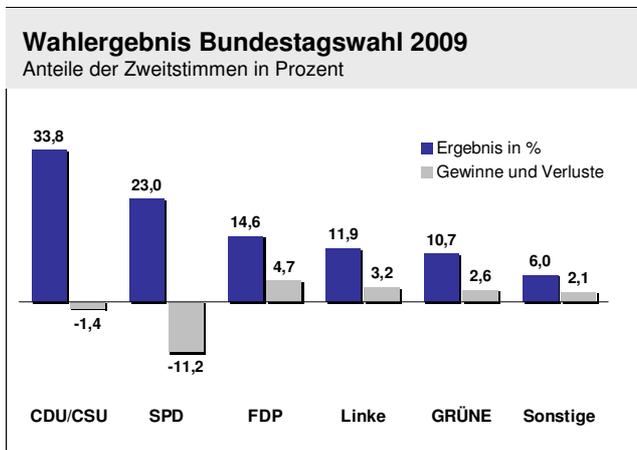




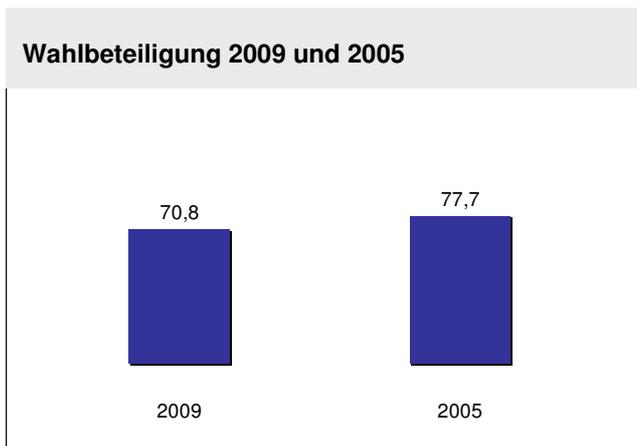
SPD am Boden

Kleine Parteien historisch stark

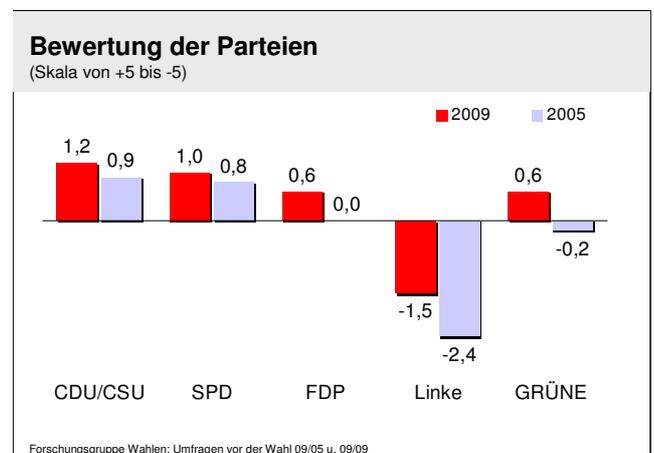
Bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag wird die Union trotz Verlusten mit klarem Abstand stärkste Partei, erzielt aber mit 33,8% (-1,4) ihr schwächstes Resultat nach 1949. Die SPD hat die stärksten Verluste einer Partei bei einer Bundestagswahl und fällt mit 23,0% (-11,2) auf ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt. Gewinner der Bundestagswahl sind durchweg die kleineren Parteien, die in der Summe so stark sind, wie niemals zuvor in der Geschichte der Republik. FDP (14,6%; +4,7), Linke (11,9%; +3,2) und Grüne (10,7%; +2,6) erzielen ausnahmslos Rekordergebnisse.



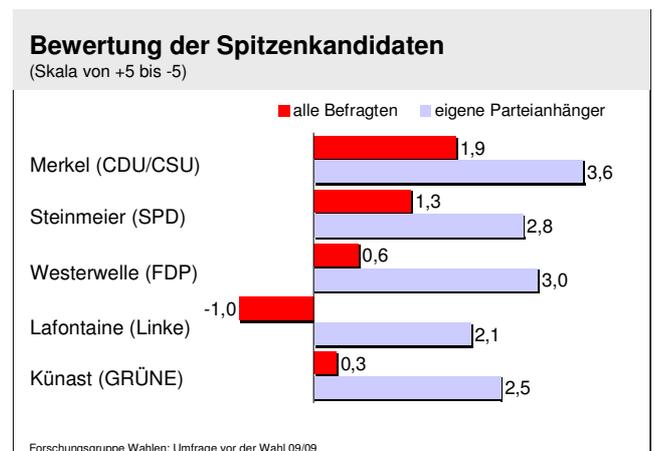
Die zentralen Elemente des Wahlsieges der Union sind ihre Leistungsbilanz, ihr Parteiansehen und primär eine Kanzlerin, die mit guter Arbeit und bester Reputation die teils erheblichen Vertrauensverluste in die Sachkompetenzen der C-Parteien kompensiert. Vor allem aber kann Merkel ihren SPD-Herausforderer Frank-Walter Steinmeier in der K-Frage klar distanzieren, was bei einem gestiegenen Kandidatenfaktor hohe Bedeutung besitzt.



Die SPD, im Kabinett wie als Partei besser bewertet als 2005, hatte ein strategisches Dilemma: Neben einer stärker in die Mitte gerückten Union verliert sie nach links Wähler, deren Wünsche sie als Regierungspartei nicht bedienen kann. Hinzu kommt eine auf ein Rekordtief von 70,8% gesunkene Wahlbeteiligung, die nach einem themenarmen, nicht polarisierenden Wahlkampf auf ein signifikantes Mobilisierungsdefizit der SPD verweist.

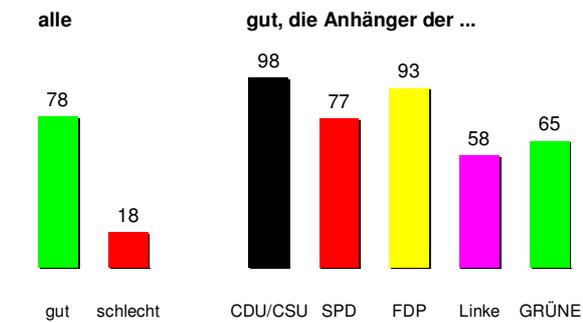


Für den großen Erfolg der kleineren Parteien ist zunächst deren stark gestiegenes Ansehen verantwortlich: Auf der +5/-5-Skala werden die FDP mit 0,6 und die Grünen mit 0,6 klar verbessert, und die Linke mit -1,5 weit weniger negativ als zuletzt eingestuft. Die SPD kann sich auf 1,0, die Union auf 1,2 verbessern.



Nochmals erheblich besser als das Ansehen der C-Parteien ist aber der persönliche Imagewert Angela Merkels, die mit insgesamt 1,9 und positiven Noten in allen Lagern das höchste Ansehen eines Kanzlerkandidaten bei einer Bundestagswahl nach 1990 erzielt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel macht ihre Sache eher ...



Forschungsgruppe Wahlen: Umfrage vor der Wahl 09/09

Basis hierfür ist eine ausgezeichnete Leistungsbilanz, wo ihr ähnlich wie in der gesamten Legislaturperiode 78% eher gute und nur 18% eher schlechte Arbeit bescheinigen. Das positive Urteil über die Arbeit Angela Merkels findet sich in allen politischen Lagern und fällt neben der eigenen und der FDP-Anhängerschaft auch bei SPD- und Grünen-Anhängern deutlich aus. Zwar würden von einem Kanzler Steinmeier in der Sache 58% nicht viel anderes erwarten (besser: 15%; schlechter: 19%), und auch beim Eigenschaftsvergleich sieht die Mehrheit der Bürger oft keinen Unterschied. Doch im Detail gilt dann die Kanzlerin als glaubwürdiger und sympathischer, als weitaus durchsetzungsfähiger sowie als diejenige, die Deutschland besser aus der Krise führen kann.

Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier:

Wer ist ... / Wer hat mehr ... / Wer kann eher ...

	Merkel	Steinmeier	beide gleich
glaubwürdiger	28 %	12 %	56 %
sympathischer	38 %	22 %	35 %
durchsetzungsfähiger	48 %	15 %	31 %
Sachverstand	31 %	12 %	46 %
Arbeitsplätze schaffen	19 %	12 %	58 %
soz. Gerechtigkeit sorgen	20 %	29 %	44 %
Krise bekämpfen	36 %	12 %	45 %
Zukunftsprobleme lösen	32 %	16 %	44 %

Das hervorragende Image, die guten Bilanzen im Kanzleramt und das Gesamtplus im Eigenschaftsvergleich führen zu einem klaren Ergebnis in der Kanzler-Frage: 56% wollen lieber Angela Merkel und 33% Frank-Walter Steinmeier als Regierungschef (weiß nicht: 11%). Verstärkt wird der Vorteil durch eine gewachsene Bedeutung der Kandidaten, da nach 19% 2005 heute für insgesamt 28% sowie 37% der CDU/CSU-Anhänger wichtiger ist, wer Kanzler wird, und nicht, welche Parteien nach der Wahl zusammen die Regierung bilden (62%; 2005: 72%).

Gewünschte/r Bundeskanzler/in:

	Merkel	Steinmeier	w.n.
alle	56 %	33 %	11 %
CDU/CSU-Anh.	92 %	6 %	2 %
SPD-Anhänger	21 %	74 %	5 %
FDP-Anhänger	86 %	10 %	4 %
Linke-Anhänger	35 %	53 %	12 %
Grüne-Anhänger	30 %	60 %	10 %

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eindeutig größtes Problem für die Deutschen, vertrauen nach 41% 2005 jetzt noch 29% auf die CDU/CSU, unverändert 21% (2005: 21%) nennen die SPD, 23% (2005: 22%) sagen explizit „keine Partei“ und 16% (2005: 10%) wissen keine Antwort. Wirtschaftspolitisch sehen 34% (2005: 40%) bei der Union und nur noch 15% (2005: 25%) bei der SPD die besten Konzepte, 27% (2005: 22%) sagen „keine“ und 13% (2005: 8%) wissen es nicht. Kompetenzeinbußen gibt es für die Union auch in den Bereichen Bildung und Steuern, wo immer mehr Bürger bei überhaupt keiner Partei Sachverstand sehen.

Die wichtigsten Themen in Deutschland:

(max. zwei Nennungen)

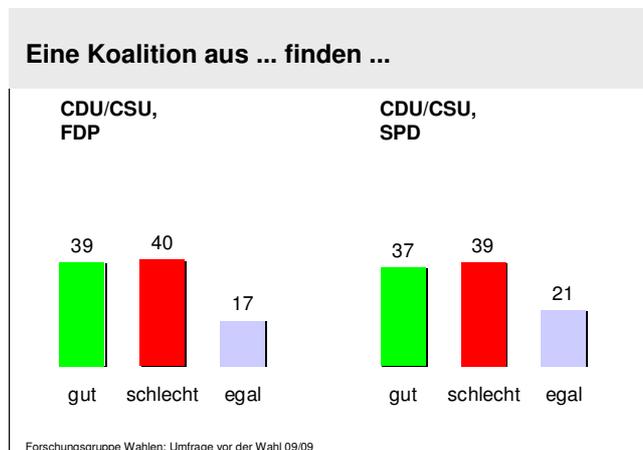
	2005	2009
Arbeitslosigkeit	85 %	56 %
Wirtschaftslage	13 %	19 %
Bildung/Schule	7 %	14 %
Finanz-/Bankenkrise	---	14 %
Familie/Jugend/Kinder	6 %	8 %

Die Linke erzielt ihren relativ höchsten Zuspruch mit 10% in der Sozialpolitik bzw. mit 15% in Ost-West-Fragen, die Grünen mit 10% im Familienbereich und die FDP mit 11% bei den Steuern. Dass diese nach der Wahl gesenkt werden, bezweifeln aber nicht nur 90% aller Deutschen, sondern auch 87% der FDP-Anhänger.

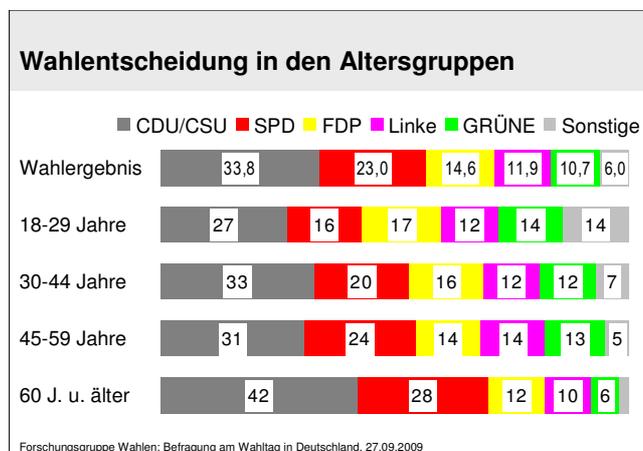
Parteikompetenzen:

	CDU/CSU	SPD	keine	w.n.
Arbeitsplätze	29 %	21 %	23 %	16 %
Wirtschaft	34 %	15 %	27 %	13 %
Schule/Bildung	23 %	21 %	10 %	23 %
Rente	24 %	18 %	25 %	21 %
Steuern	25 %	22 %	14 %	19 %
Familie	30 %	24 %	8 %	17 %
Soziales	25 %	30 %	8 %	14 %
Ost-West	23 %	18 %	14 %	26 %
Zukunft	29 %	18 %	23 %	18 %

In Bündnisfragen kommt es zu einer Polarisierung zwischen Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb, wobei keine Variante wirklich überzeugt: Eine große Koalition fänden 37% gut, 39% schlecht und 21% egal. Schwarz-Gelb bewerten 39% positiv und 40% negativ (egal: 17%). Stark profitiert von der Koalitionsdiskussion hat die FDP, da 32% ihrer Wähler prinzipiell der CDU/CSU näherstehen.



Die zentrale Stütze des Wahlsieges der CDU/CSU sind einmal mehr die über 60-Jährigen: Hier holt die Union 42%, bleibt aber in allen anderen Altersgruppen unter ihrem Gesamtergebnis. Auch die SPD erzielt mit 28% bei den über 60-Jährigen ihr bestes Ergebnis.



Bei den unter 30-Jährigen hat sie mit minus 18 Prozentpunkten dramatische Einbußen, kommt noch auf 16% und liegt knapp hinter der FDP (17%; plus fünf). Die Grünen sind bei den unter 30-Jährigen mit 15% (plus vier) ebenfalls stark, die Linke holt in den Altersgruppen bei den 45- bis 59-Jährigen mit 14% (plus drei) ihr bestes Ergebnis.

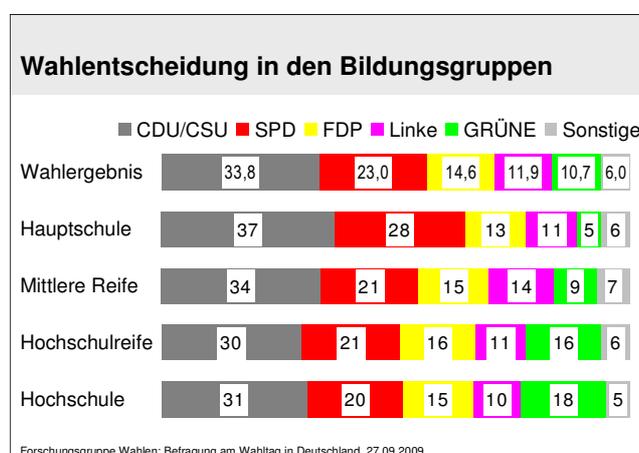
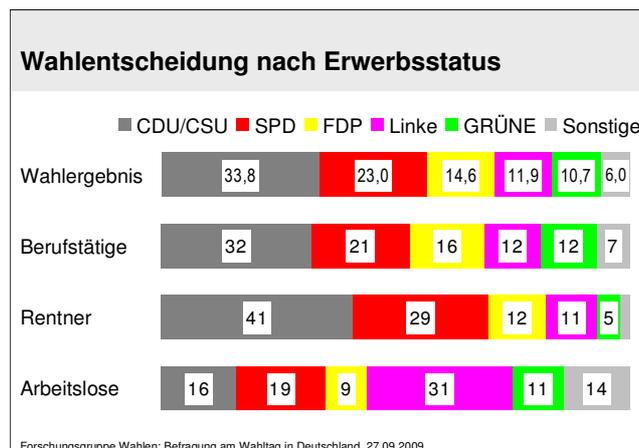
Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: www.forschungsgruppe.de E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Zahlen basieren auf einer telefonischen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.657 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Deutschland in der Woche vor der Wahl sowie auf einer Befragung unter 21.061 Wählern am Wahltag. Weitere Grafiken und Berichte zur Bundestagswahl finden Sie auch im Web unter: www.heute.de. Nächstes reguläres Politbarometer am Freitag, den 02.10.2009 im Anschluss an das „heute-journal“. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter der Adresse Bestellung@forschungsgruppe.de für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 15,- bestellt werden. Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.

Eindeutig stärkste Partei wird die Linke bei arbeitslosen Wählern mit 31% (plus sieben), die SPD kann diesen Status als stärkste Partei mit 34% (minus 14) nur noch bei Gewerkschaftsmitgliedern halten.



Die Bundestagswahl markiert einen historischen Tiefpunkt für eine SPD, die sich zum Erhalt einer realistischen Machtoption jenseits der C-Parteien neu ausrichten muss. Damit wird sich auf nationaler Ebene eine Neujustierung im Parteienwettbewerb beschleunigen, die in vielen Bundesländern längst Realität ist. Für die CDU/CSU, die trotz des SPD-Einbruchs leichte Verluste hat, dürfte die Lage ebenfalls schwieriger werden. Nach vier Jahren großer Koalition bringt dieses Wahlergebnis eine Wiederbelebung der klassischen Lagerorientierung auch im Verhältnis von Regierungs- und Oppositionsparteien. Parallel setzt sich mit dem großen Erfolg der kleineren Parteien ein langfristiger Basistrend fort, der von allen Parteien zukünftig mehr Flexibilität auf dem Koalitionsmarkt erfordert. (Mannheim, 28.09.2009)